

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Können unsere wesentlichen Probleme berücksichtigt werden?

Die Regierung legte den 2. ergänzenden Bericht über «Das Fürstentum Liechtenstein und die europäische Integration» vor

(G.M.) – Die Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) kommen nur schleppend voran, wie sich anlässlich einer Verhandlungsrunde hoher Beamter am Donnerstag und Freitag in Brüssel zeigte. Auch der 2. ergänzende Bericht der Regierung über «Das Fürstentum Liechtenstein und die europäische Integration», der dem Landtag dieser Tage vorgelegt wurde, enthält neben den allgemeinen Informationen eine gewisse Skepsis, ob der vorgesehene Fahrplan zum Abschluss der Verhandlungen eingehalten werden kann und ob sich die EFTA-Staaten mit ihren vorgesehene Ausnahmeregelungen durchsetzen werden können.

Das informelle EFTA-Ministertreffen in Genf, das gestern Montag begann und heute Dienstag abgeschlossen wird, soll nach Auffassung der Regierung «weg- und richtungweisend für die Regierung der EFTA-Länder und ihre Verhandlungsstrategie werden». In diesem Prozess, so führt die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag aus, sollen die Interessen Liechtensteins «weiterhin mit oberster Priorität und unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten» wahrgenommen werden. Erst am Schluss der Verhandlungen, der nun bereits auf die erste Hälfte des nächsten Jahres verschoben

wurde, wird nach Angaben der Regierung zu entscheiden sein, ob das Ergebnis den langfristigen Interessen Liechtensteins entspreche.

### Stand der EG-EFTA-Gespräche

In zeitlicher Hinsicht deckt der 2. ergänzende Bericht der Regierung den Zeitraum seit Juni 1990, ausgehend vom EFTA-Ministertreffen in Göteborg und dem EG-Verhandlungsmandat von Mitte Juni. Mit dem EG-Verhandlungsmandat wurde Liechtenstein von allen anderen Verhandlungspartnern als 7. Verhandlungspartner auf EFTA-Seite in den EWR-Verhandlungen anerkannt, obwohl unser Land noch nicht Vollmitglied der EFTA geworden ist. Nach dieser Entscheidung war unser Land in allen Verhandlungsgruppen durch eine eigene Delegation vertreten. Die Regierung führt in ihrem Bericht aus, dass bei den bisherigen Verhandlungsrunden auf «hoher Ebene» jeweils Fortschritte erzielt worden seien. Zusammenfassend hält sie fest, dass sich die Verhandlungen einerseits um den substantiellen Komplex drehten, auf der anderen Seite um den rechtlich-institutionellen Bereich: «Die EFTA-Seite sieht die zwei Komplexe in enger Verbindung und Abhängigkeit. Die EG-Kommission legt insbesondere Wert darauf, dass in den substantiellen

Problembereichen, zu denen unter anderem Wettbewerbsrecht, höhere EFTA-Standards, freie Investitionen, Drittlandregelung betreffend Finanzdienstleistungen, Transport und freier Personenverkehr zählen, beidseitig Lösungen gefunden werden können, welche die allgemeine Zielsetzung der möglichst weitgehenden Teilnahme am Binnenmarkt nicht gefährden.»

### Schwierige Verhandlungsmaterie

Der bisherige Verlauf der EWR-Verhandlungen deutet nach Auffassung der Regierung darauf hin, dass der Anspruch auf «Berücksichtigung vitaler nationaler EFTA-Interessen zu den schwierigsten Verhandlungsmaterien» gehört. Allerdings verbreitet die Regierung in diesem Zusammenhang auch einen gewissen Optimismus, wenn sie schreibt, dass sie nach wie vor davon ausgehe, dass die wesentlichen Probleme Liechtensteins berücksichtigt werden könnten. In die gleiche Richtung zielt die Bemerkung der Regierung, dass bei der Auseinandersetzung mit den EG-Rechtsinstrumenten festgestellt werden konnte, dass für ursprünglich als problematisch angesehene Bestimmungen durchaus eine gangbare Lösung gefunden werden könnte. Weiterhin jedoch beständen Problembereiche, für die noch Lösungen zu finden seien. Ins-

besondere unterstreicht die Regierung in diesem Zusammenhang den freien Personenverkehr: «Es geht darum, dass im Einklang mit den übrigen EFTA-Ländern eine Lösung ausgehandelt werden kann, die sowohl die liechtensteinische Problematik aufgrund des kleinen Arbeitsmarktes, des kleinen Territoriums und des heute schon relativ hohen Ausländeranteils wie auch das Interesse an einem ausgewogenen Abkommen berücksichtigt.»

### Hoffnung auf Verständnis der Partner

Aufgrund dieser recht hohen Vorgabe betont die Regierung, dass auf dem Weg zu einem EWR-Abkommen noch viele Schwierigkeiten zu bewältigen seien und dass in verschiedenen Bereichen Einzel- und Gesamtinteressen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssten.

Liechtenstein sei in dieser Hinsicht auf das Verständnis seiner Partner angewiesen, obschon der feste Wille zur Integration bestehe. Unser Land habe, so wies bereits ein Regierungsvertreter anlässlich des EG-EFTA-Treffens im Juni 1990 darauf hin, einzelne politische und wirtschaftliche Strukturen, die nur langsam, in wenigen Fällen allerdings auch längerfristig nicht, den EG-Rechtsnormen angepasst werden könnten.

## KOMMENTAR

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben ein Urteil über das neue Steuergesetz gesprochen, das in seinem Ausmass wohl alle Erwartungen übertroffen hat und an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig lässt. Nach dieser Abfuhr, die sich die Verantwortlichen mit dem Abstimmungsergebnis eingehandelt haben, tönen die vor dem Urnengang gewählten Worte zugunsten der Vorlage noch hohler als vorher. «Das neue Steuergesetz ist einfach in der Handhabung, modern in der Ausgestaltung und vom System her durchaus vergleichbar mit anderen europäischen Ländern», liess die VU-Mehrheit verlauten. An anderer Stelle war gar die Rede von einem «liechtensteinischen» Steuergesetz, von einem Steuersystem für die «liechtensteinischen» Bedürfnisse.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, durch die Haltung des Finanzministers, der das Gesetz während rund einem Dutzend Jahren immer wieder ankündigte

### Deutliche Abfuhr

und dann wieder in der Schublade verschwinden liess, erheblich verunsichert, haben offensichtlich eine andere Auffassung. Die Nein-Stimmen halten sich in allen Gemeinden auf einer Höhe, die bei Volksabstimmungen in der neueren Geschichte unseres Landes beispieslos ist, so dass kaum der Verdacht aufkommen kann, das geplante Steuergesetz sei das Opfer bestimmter Gruppierungen geworden. Wenn der Glaube der Bevölkerung an eine wirkliche Verbesserung vorhanden gewesen wäre, dann hätte das Ergebnis wohl ein anderes Aussehen gehabt.

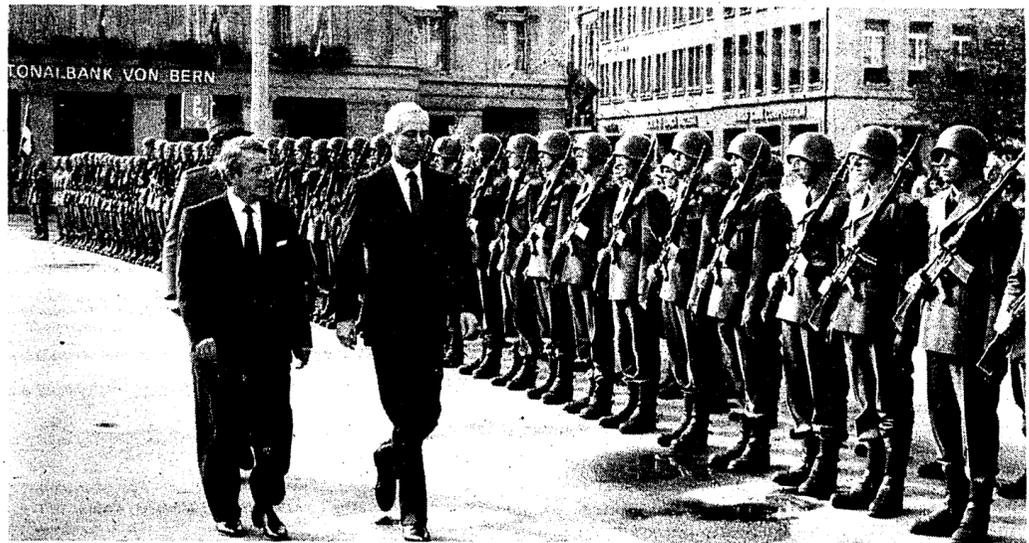
In den nächsten Wochen wird es nun darum gehen, das Ergebnis zu analysieren und die Frage zu beantworten: Wie geht es jetzt weiter? Mit der VU-Propaganda, die allerdings recht spät einsetzte und von einem überheblichen Ton begleitet war, wurde das geltende Steuergesetz derart schlecht gemacht, dass es unmöglich sein dürfte, lange bei diesem «unhaltbaren» und «ungerechten» Steuergesetz zu bleiben.

Allerdings stehen die Chancen für eine zügige Überarbeitung des geltenden Steuergesetzes und vor allem zur Schaffung eines wirklich modernen und den hiesigen Bedürfnissen entsprechenden Steuergesetzes nicht allzu gut, wenn man bedenkt, wie lange es dauerte, bis Regierungschef Hans Brunhart endlich die Vorlage dem Landtag unterbreitete. Wie tief die Niederlage schmerzte, die vielleicht nicht motivierend wirken wird für die künftige Reform des Steuerrechts, lässt sich aus der Reaktion des «Liechtensteiner Vaterland» herauslesen: Nach dem riesigen Trommelwirbel vor der Abstimmung war die Berichterstattung über das Ergebnis dem Regierungsblatt gerade noch fünf-einhalb Zeilen wert. (G.M.)

## Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein wurden vertieft

Ein illustrierter Rückblick auf den offiziellen Staatsbesuch von Fürst Hans-Adam II. in der Schweiz – Positive Bewertung der guten Beziehungen

Der dreitägige Staatsbesuch von Fürst Hans-Adam II. in der Schweiz, der in der letzten Woche von Mittwoch bis Freitag stattfand, hat zweifellos zur Vertiefung der schon bis anhin guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein beigetragen. Sowohl Bundespräsident Arnold Koller, der als Gastgeber den Fürsten während den drei Tagen begleitete, als auch Fürst Hans-Adam II. äusseren sich verschiedentlich in dieser Richtung. Auch Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille zeigten sich beeindruckt von der Gastfreundschaft der Schweiz für die liechtensteinische Delegation, die sie als Ausdruck der guten und noch ausbaubaren Beziehungen zwischen den beiden Staaten werteten. Die unterschiedlichen Auffassungen über den Finanzplatz Liechtenstein und das noch immer unerledigte Problem des Waffenplatzes St. Luziensteig vermochten dieser positiven Beurteilung der gegenseitigen Beziehungen offenbar keinen Abbruch zu tun.



Ein Rückblick in Bildern über den Staatsbesuch finden Sie im Innern der heutigen Ausgabe.

Rückblick auf den Staatsbesuch von Fürst Hans-Adam II. in der Schweiz: Unser Bild zeigt den offiziellen Empfang durch Bundespräsident Arnold Koller auf dem Bundesplatz in Bern mit dem Abschreiten der militärischen Ehrenkompanie.

(Bild: Beat Schurte)

## Entwicklungsfonds für Jugoslawien

Antrag der Regierung an den Landtag auf Beteiligung des Landes

(G.M.) – Die EFTA hat zu Beginn dieses Jahres beschlossen, für Jugoslawien einen Entwicklungsfonds in Höhe von 100 Millionen Dollar zu errichten, um die auf eine Marktwirtschaft hinielenden Reformen zu unterstützen. Die Regierung möchte sich an diesem Entwicklungsfonds beteiligen und hat deshalb dem Landtag einen entsprechenden Antrag unterbreitet. Der liechtensteinische Anteil würde 0,2 Prozent betragen.

Der Entwicklungsfonds soll zur Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft im Zusammenhang mit der jugoslawischen Orientierung auf Marktmechanismen beitragen, indem Investitionsprojekte von Firmen, speziell von Klein- und Mittelbetrieben, finanziert werden sollen. Mit dem Fonds sollen ausserdem Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Jugoslawien und den EFTA-Ländern gefördert sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte unterstützt und Managerausbildungsprogramme finanziert werden.

Das von der EFTA beschlossene Fondskapital beträgt 100 Millionen Dollar, die am Tag des Inkrafttretens des Finanzierungsbeschlusses in ECU konvertiert werden. Die EFTA-Staaten beteiligen sich prozentual an dieser Summe, wobei für Liechtenstein ein Beitrag von 0,2 Prozent berechnet wird, was einem Kredit von 200 000 Dollar entspricht. Die Beiträge der EFTA-Länder sind dem Fonds innert fünf Jahren in fünf gleich grossen Tranchen zur Verfügung zu stellen: die erste Tranche 30 Tage nach Inkrafttreten der Statuten und die folgenden am selben Tag der vier kommenden Jahre.

Die Rückzahlung dieser Kredite soll gemäss dem Abkommen mit Jugoslawien, sofern der EFTA-Rat nichts anderes beschliesst, spätestens ab dem elften Jahr des Bestehens des Fonds in 15 gleich hohen jährlichen Überweisungen erfolgen. Die jugoslawische Regierung garantiert den Geberstaaten die Rückzahlung der Beiträge und die Verzinsung zum Fälligkeitstermin.

## Die Efta-Minister trafen sich in Genf

Genf (spk) Die Fachminister der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) sind am Montag nachmittag zu einem informellen Treffen in Genf zusammengekommen. Unter Vorsitz von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des Eidgen. Volkswirtschaftsdepartements, erörtern sie den Stand der Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Beim Treffen, an dem auch das Fürstentum Liechtenstein durch Regierungschef Hans Brunhart vertreten ist, werden die Minister mit Parlamentariern der sechs Mitgliedsländer Meinungen austauschen. Für die nächste Verhandlungsrunde mit der EG über den Europäischen Wirtschaftsraum herrschte zu Beginn der Genfer Tagung «gedämpfter Optimismus». Wie Urs Ziswiler, Sprecher der Schweizer Delegation, und sein Efta-Kollege Hansjörg Renk betonten, sind in bestimmten Problembereichen noch keine Lösungen erzielt worden. Zum Teil liege das daran, dass jede Gruppe von der anderen Kompromisse erwarte.

## Keine Rezession erwartet

Basler Konjunkturforscher sagen 1,8 Prozent Wachstum voraus

(AP) Die Schweiz muss nach den Erwartungen der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK) im nächsten Jahr keine Rezession befürchten. Golfkrise und Zinshausse werden das reale Wirtschaftswachstum 1991 jedoch unter die Zwei-Prozent-Marke drücken, heisst es in der am Montag vorgestellten Herbstprognose der BAK. Wirtschaft und Bevölkerung sind laut BAK-Umfragen auch längerfristig zuversichtlich, wobei sich das Wachstum künftig stärker an ökologischen Anforderungen orientieren dürfte.

Im kommenden Jahr sagen die Basler Konjunkturforscher eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von noch 1,8 Prozent voraus, verglichen mit geschätzten 2,6 Prozent im laufenden Jahr. Sollte die im Ölpreis enthaltene «Angstprämie» bis Ende 1991 nicht abgebaut werden und der durchschnittliche Ölpreis im nächsten Jahr 25 Dollar pro Fass übersteigen, werde sich das Wachstum noch stärker zurückbilden. Die Konjunktur

dürfte 1991 vor allem vom privaten Konsum getragen werden, der laut BAK wie dieses Jahr real um rund zwei Prozent zunehmen wird.

Bei der Teuerung erwarten die Basler Konjunkturforscher 1991 einen Rückgang der durchschnittlichen Inflationsrate auf 4,3 Prozent, verglichen mit rund 5,2 Prozent im laufenden Jahr.

**frick FENSTER**  
**FÜR DAS ALTE UND DAS NEUE HAUS**  
 Geh zum Fenster Frick er weiss Bescheid.  
**ferdinand frick ag**  
 Fenster und Fassadenbau  
 9494 Schaan  
 Telefon 075 / 27474 Telefax 075 / 29984